Soziales im Blick

Niedersachsen-Echo

Die Landesbeilage des SoVD in Niedersachsen

SOVD

Oktober 2022 Ausgabe Nr. 10

Enorme Kostensteigerungen und hohe Eigenanteile belasten Pflegeheimbewohner*innen

Pflegekosten: Austausch mit Sozialministerin

Da die Pflegekasse nur einen Teil der Pflegekosten übernimmt, müssen viele Pflegebedürftige einen hohen Eigenanteil selbst tragen. Eine Entlastung bei den Eigenanteilen ist vor allem im ersten Jahr der Unterbringung in einem Pflegeheim kaum spürbar – in dieser Zeit beträgt der staatliche Zuschuss lediglich fünf Prozent des Eigenanteils. Aus diesen Gründen fordert der SoVD schon lange eine Pflegevollversicherung für alle Bürger*innen, die sämtliche pflegebedingten Kosten abdeckt. Da infolge der allgemeinen Preiserhöhungen auch die Pflegeheimkosten derzeit enorm steigen, suchte der SoVD Mitte September das Gespräch mit Daniela Behrens, Sozialministerin in Niedersachsen.

„Besonders in den vergangenen Monaten haben sich zahlreiche Mitglieder an uns gewandt und geschildert, dass ihre Heimkosten exorbitant gestiegen sind und sie sich eine Heimunterbringung nicht mehr leisten können", schilderte Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Heimbewohner*innen und die Angehörigen seien angesichts dieser Situation verzweifelt. Als einziger Ausweg bleibe ihnen meist nur das Beantragen von unterstützenden Leistungen beim Sozialamt. Neben Sackarendt nahmen an dem online geführten Gespräch mit der Ministerin auch SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke und die Leiterin der Abteilung Sozialpolitik, Katharina Lorenz, teil.

Auch Behrens legte dar, dass sie Zuschriften aufgrund der steigenden Kosten in Pflegeheimen erhalten habe. Daher habe sie nun eine Länderinitiative – unter anderem zusammen mit Schleswig-Holstein – auf den Weg gebracht. Außerdem habe sie den Bund dazu aufgefordert, Maßnahmen zur Entlastung Pflegebedürftiger schnell umzusetzen. Mit dem Länderantrag will Niedersachsen eine bessere Berechenbarkeit und eine Begrenzung der Eigenanteile in der Pflege erreichen und so die Pflegebedürftigen effektiv schützen.

Foto: WavebreakMediaMicro / Adobe Stock

Die Pflegeheimkosten in Niedersachsen sind in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen. Der SoVD spricht sich unter anderem für eine Aufsicht und Überprüfung der Kostenstrukturen aus.

Grundsätzlich waren sich Behrens und die SoVD-Vertreter*innen darin einig, dass die Pflege ein ganz zentrales Thema darstellt und im Bereich der stationären Heimkosten die Betroffenen vor der derzeitigen Kostenexplosion geschützt werden müssen. Sie stimmten auch darin überein, dass dies nur durch eine umfassende Pflegereform möglich ist. Darüber hinaus machte der SoVD Behrens aber auch darauf aufmerksam, dass bei der Pflege nicht allein der Bund in der Pflicht ist. Denn einen ganz erheblichen Teil der Heimkosten stellen die Investitionskosten dar. Diese sind in den vergangenen Jahren vielerorts stark gestiegen – hier schilderte Lorenz konkrete Beispiele, die die Dringlichkeit des Problems verdeutlichten. Die Bundesländer sind rechtlich für das Vorhalten einer leistungsfähigen, ausreichenden und wirtschaftlichen Versorgungsstruktur verantwortlich. Daher müsse das Land Niedersachsen endlich wieder die Verantwortung übernehmen und für die Investitionskosten aufkommen, statt sie weiterhin den Heimbewohner*innen aufzubürden, so der Standpunkt des SoVD. Weiteren Handlungsbedarf sieht der SoVD bei der Aufsicht und Überprüfung der Kostenstruktur in den Heimen.

Behrens sicherte bezüglich der geschilderten Beispiele aus dem Beratungsalltag des SoVD zu, sich dieses genauer anzuschauen und zeigte sich weiter gesprächsbereit. Zu den Heimkosten zählt außerdem ein sogenannter Ausbildungszuschlag. Der SoVD fordert, dass die in den Einrichtungen anfallenden Ausbildungskosten nicht länger den Pflegebedürftigen auferlegt werden. „Diese müssen aus Steuermitteln refinanziert werden, da die Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist", sagte Swinke.

Auch nach diesem Austausch bleiben SoVD und Behrens im Gespräch: Der Verband ist Partner in der Konzertierten Aktion Pflege Niedersachsen, sodass er auch zukünftig Impulse setzen und Forderungen nach einer sozial gerechteren Gestaltung der Pflege einbringen wird.

SoVD fordert: Ministerpräsident muss sich für Gaspreisdeckel einsetzen

Engagement für Deckelung der Gaspreise

Die Menschen in Niedersachsen leiden unter den steigenden Energiekosten. Die Beratung des SoVD in Niedersachsen zeigt, dass immer mehr Betroffene nicht wissen, wie sie finanziell über den Winter kommen sollen. Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil hat zwar von der Bundesregierung eine Deckelung der Energiepreise gefordert, Entlastung soll es aber bislang nur bei den Strompreisen geben. Der SoVD drängt nun darauf, dass der Ministerpräsident sich im Hinblick auf die in Kürze beginnende Heizperiode auch weiterhin für einen Gaspreisdeckel stark macht.

Immer mehr Bürger*innen in Niedersachsen schauen mit bangem Blick auf den kommenden Herbst und Winter. „Aus unserer täglichen Arbeit wissen wir, dass viele unserer Mitglieder große Sorgen haben, weil sie nicht wissen, wie sie ihre Heizkosten zahlen sollen", sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Das beschlossene Entlastungspaket der Bundesregierung enthalte zwar viele wichtige und richtige Maßnahmen, gehe aber nicht weit genug: „Die Deckelung des Strompreises für den Grundverbrauch begrüßen wir sehr. Was fehlt ist aber das gleiche Vorgehen für den Gaspreis", fordert Sackarendt. Angesichts der nahenden Heizperiode müsse es auch hier eine Entlastung geben.

„Ministerpräsident Weil hat den Gasdeckel ebenfalls gefordert, wurde in der Bundesregierung aber offenbar noch nicht gehört. Er muss jetzt seinen Einfluss weiter geltend machen, damit auch dieses Instrument eingeführt wird. Ansonsten wird es für viele Menschen im Land ein schwieriger Herbst und Winter", so der niedersächsische SoVD-Chef.

Foto: Özgür Güvenç / Adobe Stock

Angesichts von Energiekosten, die viele Haushalte überfordern werden, macht sich der SoVD für einen Gaspreisdeckel stark.